

Ressort: Politik

Lieberknecht: NPD-Verbotsantrag kommt erst nach der Bundestagswahl

Berlin, 12.07.2013, 15:17 Uhr

GDN - Die Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Thüringens Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU), hat angekündigt, dass der Antrag zum Verbot der NPD erst nach der Bundestagswahl beim Bundesverfassungsgericht eingereicht wird. Das sei "realistisch", sagte sie der "Welt".

Dass Bundestag und Bundesregierung anders entschieden hätten als die Bundesländer, respektiere sie, so Lieberknecht. "Für das Verfahren selbst ist das unerheblich." Die CDU-Politikerin betonte, dass die Materialsammlung der Länder so eindeutig sei, "dass es ein Verbot der NPD rechtfertigt". Sie wies darauf hin, dass das handelnde Gremium jetzt allerdings der Bundesrat sei. "Es gibt noch einige Sachfragen, die geklärt werden müssen", so Lieberknecht. Solidität gehe vor Schnelligkeit. "Dieser Verbotsantrag muss Erfolg haben", betonte sie.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-17572/lieberknecht-npd-verbotsantrag-kommt-erst-nach-der-bundestagswahl.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619